

Verband Luzerner Gemeinden Fachgruppe Prozesse und Informatik

Tätigkeitsbericht 2014

René Müller, Präsident Fachgruppe Prozesse und Informatik
Gérald Strub, Beauftragter für E-Government des VLG

Inhalt

Einleitung

Personelles FAPI

FAPI Tätigkeiten 2014

E-Government-Strategie Luzern

Ausblick FAPI

Impressum

Verband Luzerner Gemeinden
Fachgruppe Prozesse und Informatik
Tribtschenstrasse 7, 6002 Luzern
Telefon 041 368 58 10, Fax 041 368 58 59
info@vlq.ch, www.vlq.ch, www.fapi-luzern.ch

Einleitung

Der Vorstand des Verbands der Luzerner Gemeinden hat im 2010 beschlossen, die Thematik Prozesse und Informatik zu forcieren. Die Fachgruppe Prozesse und Informatik wurde im Rahmen der letzten Statutenrevision eingesetzt. Die folgenden Ziele sollen in Bezug auf E-Government (Prozesse und Informatik) erreicht werden:

- Verbessern des elektronischen Angebots von Leistungen gegenüber den Kunden (Unternehmen, Einwohner).
- Harmonisieren der Prozesse und Fördern der Prozessdurchgängigkeit in der kommunalen Verwaltung sowie zu anderen kommunalen Verwaltungen oder der kantonalen Verwaltung.

- Standardisieren der Gemeinde-Informatik.
- Fördern des Erfahrungsaustauschs, der Kommunikation und der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und zwischen Gemeinden und Kanton.

In 9 Arbeitssitzungen hat die Fachgruppe Prozesse und Informatik in verschiedenen Konstellationen und mit unterschiedlichen Ansprechpartnern die Belange der Luzerner Gemeinden vertreten.

Personelles

Die Fachgruppe Prozesse und Informatik wird per 31.12.2014 durch die folgenden Personen repräsentiert:

- René Müller
Gemeindeschreiber Hildisrieden
rene.mueller@hildisrieden.ch
041 462 60 70
- Christoph Gerdes
Leiter PIT Stadt Luzern
christoph.gerdes@stadtluzern.ch
041 208 84 14
- Herbert Lustenberger
Leiter Ressort Finanzen
Gemeinde Ebikon
herbert.lustenberger@ebikon.ch
041 444 02 54
- Guido Solari
Gemeindeschreiber Kriens und Präsident des
Gemeindeschreiberverbandes Luzern
guido.solari@kriens.ch
041 329 63 00
- Gérald Strub
E-Government Beauftragter der Luzerner
Gemeinden gerald.strub@strubpartner.ch
079 622 73 55

FAPI Tätigkeiten 2014

Die nachfolgenden Projekte wurden im Berichtsjahr bearbeitet:

- Objekt.lu
- eBAGE+ Unterstützung Projektarbeit
- Informatik-Zusammenarbeit Luzern
- Informatik-Treuhand @ VLG
- Schuladministrationssoftware
- Portal luzern.ch
- Digitale Geschäftsverwaltung (GEVER) und digitale Langzeitarchivierung (dLZA)
- Kommunikation – Info-Veranstaltungen
- Prozessdokumentation BPMN 2.0
- E-Government Projektliste Gemeinden
- HRM2 Stark.lu
- eUmzug LU

Auf den folgenden Seiten werden einzelne Projekte und Kommunikations-Aktivitäten detaillierter vorgestellt.

Das Projekt Objektwesen Luzern verfolgt drei übergeordnete Ziele:

- Der Umgang mit den Objektdaten wird vereinfacht.
- Die Redundanz von Daten wird vermieden.
- Die Zuverlässigkeit der Objektdaten wird verbessert.

Dazu wurden seit Ende 2011 eine vertiefte Ist-Analyse der Datenhaltung vorgenommen, die Prozesse dokumentiert sowie ein Grobkonzept mit sechs verschiedenen Lösungsvarianten für ein gesamtheitliches Objektwesen erarbeitet.

In einer nächsten Projektphase ist ein Detailkonzept für die Umsetzung der Variante «Universal» auszuarbeiten. Als Zwischenschritt soll die Variante «Bus» realisiert werden.

Die Leitung dieses Projektabschnittes liegt bei Regierungsrat Robert Küng. Als interner Projektleiter wurde Mario Conca, Leiter Abteilung Baubewilligungen der Dienststelle Raum und Wirtschaft (rawi) eingesetzt. Nach Ausschreibung der externen Projektleitung im Einladungsverfahren und dem Abschluss der Evaluation wurde mit Verfügung vom 5. September 2014 der Zuschlag an die Aregger Consulting erteilt. Mit Frau Ruth Aregger steht dem Projektleiter eine kompetente externe Projektleiterin zur Seite.

Die 1. Projektphase konnte früher abgeschlossen werden als geplant. Die Kosten werden über das Budget E-Government Luzern abgewickelt. Der VLG übernimmt 50% der Kosten.

Mit eBAGE+ werden die Luzerner Gemeinden ein Werkzeug für die Abwicklung der Baugesuche nutzen können. Dies erlaubt, den Baugesuchsprozess von der Gemeinde bis zur kantonalen Baugesuchszentrale vollelektronisch, praktisch medienbruchfrei, schnell und transparent abzuwickeln.

Im April 2014 fand eine Startsitzen mit den Testgemeinden für die 1. Testphase statt. Ebenfalls wurde von Seiten des rawi ein Entwurf für die Vereinbarung betr. Nutzung, Betrieb, Unterhalt zwischen den Gemeinden und dem Kanton sowie ein möglicher Finanzierungsschlüssel vorgestellt.

Die Verhandlungen bezüglich Kostenteiler zwischen dem VLG mit dem BUWD sind Ende 2014 noch nicht abgeschlossen.

Das rawi hat bei den Gemeinden eine Umfrage durchgeführt, die aufzeigen soll, wie das Interesse der Gemeinden am neuen eBAGE+ ist. Dabei hat sich gezeigt, dass rund 2/3 der Gemeinden an einem möglichst raschen Einsatz von eBAGE+ interessiert sind.

Der Fortschritt der Realisierung entspricht aktuell mit leichter Abweichung dem Terminplan. Ein zweiter Release wird im Februar 2015 installiert und anschliessend getestet. Im April 2015 soll gemäss Projektleitung, den Gemeinden das produktive System zur Verfügung stehen.

An der Informationsveranstaltung vom 1. Mai 2013 wurden die Dienstleistungen der Informatik-Zusammenarbeit Luzern den Gemeinden vorgestellt.

Die Arbeiten für die Umsetzung des Ergebnisberichtes wurden an die Programmleitung Informatik-Zusammenarbeit, mit den Mitgliedern René Müller und Pascal Wenger (DIIN Luzern), übergeben. Somit ist die Arbeit der Informatik-Zusammenarbeit Luzern abgeschlossen. Die Arbeitsgruppe wurde jedoch nicht aufgelöst, damit sie bei Bedarf bei der Umsetzung wieder dazu gezogen werden kann. Für die Umsetzung werden bei Bedarf wieder Arbeitsgruppen eingesetzt.

Folgende Initiativen werden mit einer höheren Priorität angesehen und bearbeitet:

- Gemeinsame Beschaffung
- Sicherheit und Verfügbarkeit verbessern
- Standardisierung vorantreiben

Im Frühling 2014 wurde bei allen Gemeinden eine Umfrage zur gemeinsamen Beschaffung von Informatikmitteln gemacht. Ziel war, herauszufinden, welche Informatik im Einsatz ist und wo Bedarf bei der Beschaffung besteht.

Die Informatik Zusammenarbeits-Partner (DIIN, PIT, GICT) sollen ihre Services für alle Gemeinden öffnen.

Im Rahmen der Bearbeitung des [Programm Informatik Zusammenarbeit Luzern](#) hat die FAPI festgestellt, dass die Städte und Gemeinden zu unterstützen sind. Aus diesem Grund wurde Informatik Treuhand @ VLG ins Leben gerufen. Die folgenden Zielsetzungen werden dabei durch den VLG verfolgt:

- Der VLG bietet den Gemeinden auf der Basis der Informatik-Zusammenarbeit Luzern, unterstützende Informatik-Leitlinien.
- Die definierten Informatik-Leitlinien unterstützen die Gemeinden und den VLG bei deren Aufgabenerfüllung. Diese Informatik-Leitlinien dienen den Gemeinden als Orientierungshilfe.

Für die Gemeinden entsteht der nachfolgende Nutzen:

- Professionelle, neutrale Leistungserbringung mit Fokus auf die VLG Informatik-Leitlinien mit Projektkostenbeteiligung des VLG
- Gemeinden profitieren unmittelbar von den Erfahrungen und Verbesserungsansätzen aus den umgesetzten Lösungen und Projekten
- Sicherung der Kontinuität und Unabhängigkeit von Einzelpersonen oder Firmen für die Gemeinden

Die Gemeinden Buchrain und Ebikon sowie die KESB Stelle Rottal haben Aufträge an die Informatik Treuhand erteilt. Dabei konnten Gemeinsamkeiten ausfindig gemacht werden, welche als Vorlage für alle Gemeinden genutzt werden können.

Die beiden Auftraggeber VLG (in Zusammenarbeit mit den VSL LU) und die Dienststelle Volksschulbildung des Kantons Luzern haben das Projekt Schuladministrationssoftware im Berichtsjahr fortgeführt. Ziel ist, allen Luzerner Volksschulen eine einheitliche Software für die administrativen Arbeiten der Schulen zur Verfügung zu stellen.

Der Zuschlag für die Schuladministrationssoftware konnte am 14. Mai 2014 an die Base-Net Informatik AG in Sursee erteilt werden.

Die Projektverantwortliche erarbeiten nun Varianten für die Erbringung der Projektleitung, des Betriebes und des Supportes der Schuladministrationslösung.

Es wird zudem geprüft, in welcher Form die Schuladministrationssoftware für die Gemeinden zur Pflicht gemacht werden soll.

Im 1. Quartal 2015 wird eine gemeinsame Besprechung mit dem Auftraggebern (VLG und Regierung) stattfinden, welche das weitere Vorgehen aus grundsätzlicher Sicht festlegen soll.

Informationen und Leistungen öffentlicher Verwaltungen sollen intuitiv und einfach zugänglich sein. Über das Portal Luzern.ch sollen sämtliche E-Government-Angebote und Leistungen der Verwaltung zentral erreichbar sein. Luzern.ch soll später auch als Transaktionsportal dienen.

Damit die Bürgerinnen und Bürger, welche als Kundinnen und Kunden bezeichnet werden können, die behördlichen Leistungen und Informationen einfacher finden, hat die Arbeitsgruppe eine Kooperation mit dem Behördenportal www.ch.ch geprüft.

Die angedachte Kooperation mit ch.ch kam nicht zustande, weil der Bund über keine Ressourcen verfügt. Das Konzept und der Code von ch.ch stellt der Bund bei Bedarf zur Verfügung.

Die Absicht luzern.ch zu einem Informationsportal und später zu einem Transaktionsportal auszubauen wird nun weiterverfolgt. Es werden Gespräche mit der Stadt Luzern, als Eigentümerin der Domain luzern.ch, sowie mit der Wirtschaft, Tourismus und Kultur geführt.

Derzeit wird der Projektauftrag formuliert damit danach mit der Projektarbeit – der Umsetzung der Phase 1 zum Informationsportal – begonnen werden kann.

Die Gemeinden erzeugen seit Jahren physische Daten. Immer mehr Gemeinden setzen digitale Geschäftsverwaltungslösungen (GEVER) ein, sodass Papierunterlagen laufend in elektronische Dokumente umgewandelt werden. Für die Gemeinden bestehen keine gesetzlichen Grundlagen, welche die physische und elektronische Archivierung sowie Aufbewahrungsfrist bzw. die digitale Langzeitarchivierung regeln. Die Arbeitsgruppe GEVER Luzern hat nun mit der Unterstützung der Staatskanzlei und des Staatsarchives das Projekt digitale Langzeitarchivierung (dLZA) gestartet. Im ersten Semester 2014 wurde eine Bestandsaufnahme der Softwareprodukte und Datenlandschaften der Gemeinden erstellt. Anschliessend werden die notwendigen gesetzlichen, organisatorischen

und technischen Rahmenbedingungen für die digitale Ablieferung der Daten der Gemeinden geklärt.

So hat beispielsweise Ende 2014 eine Besprechung mit dem Schweizerischen Bundesarchiv (BAR) stattgefunden. Dabei konnte in Erfahrung gebracht werden, dass das BAR den technischen Teil der sicheren Datenarchivierung anbietet. Die Gemeinden oder Institutionen, welche die Daten zur elektronischen Langzeitarchivierung an das BAR übergeben, müssen die Aufgaben des Archivars (Aussonderung, Verzeichnis, usw.) im Verbund oder selber erbringen.

Derzeit werden die Datenbestände der Gemeinden analysiert und einen Bewertungsvorschlag für die Archivierung erarbeitet.

Um den Luzerner Gemeinden den Einstieg in die wichtige Thematik der Prozessdokumentation nach BPMN 2.0 zu erleichtern, wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Gemeinden Hohenrain, Meggen, Menznau, Reiden und Hildisrieden eingesetzt. Diese hat in der Zwischenzeit verschiedene Grundlagen erarbeitet. Es sind dies:

- ein Muster-Konventionenhandbuch, welches den Gemeinden die grundsätzlichen Aspekte & Konventionen der Prozessmodellierung nach BPMN 2.0 aufzeigt.
- eine Auswahl von ersten Musterprozessen aus unterschiedlichen Verwaltungsbereichen, welche nach den Vorgaben des Muster-Konventionenhandbuchs dokumentiert sind.

- das Konzept der Luzerner Prozessaustauschplattform nach dem Modell des E-Government-Projekts B1.13 des Bundes.
- die Empfehlung für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Prozesse, was eine stetige Überprüfung der Aufgaben bewirkt.

An der Informationsveranstaltung vom 15. Januar 2015 wurden die Resultate den Gemeinden vorgestellt und auf der Website der FAPI publiziert.

Die Projektliste wurde anlässlich des Workshops vom 1. Juli 2010 erstmals erarbeitet. Am 26. Juni 2014 fand erneut ein Workshop statt, an welchem die bestehende Projektliste aktualisiert wurde. Es nahmen 14 Gemeindevertreter teil.

Im ersten Teil wurden die Gemeinden über den aktuellen Stand der Projekte informiert. Im zweiten Teil wurde in 2 Gruppen die bestehende Projektliste angeschaut und es wurde festgelegt, welche Projekte mit welcher Priorität bearbeitet werden sollen.

Die Ergebnisse wurden zusammengetragen und die einzelnen Projekte nach Wichtigkeit gewertet.

Folgende Prioritäten wurden festgehalten:

1. Vote électronique
2. Objektwesen

3. Arbeitsamt
4. Online-Dienste mit eUmzug, Kontoauszug Steuerausstände und Gebührenrechnungen, E-Rechnung, Mobile Kommunikation
5. Archivierung
6. Identifikation
7. GEVER
8. E-Rechnung

Viel Wissen und Ideen durch die Teilnehmenden kam an diesem Workshop zusammen, welches in der neuen E-Government Projektliste zusammengeführt wurde.

Die Einführung von HRM2 wird für die Gemeinden einige Veränderungen mit sich bringen. Das neue Gesetz soll per 1. Juli 2017 in Kraft treten und für das Rechnungsjahr 2018 anwendbar sein.

Damit die Gemeinden die neuen Vorgaben mit deren Informatiksystemen nicht individuell umzusetzen haben, hat sich der VLG mit der FAPI dazu entschieden, hier eine Koordinationsrolle zu übernehmen. Aus Sicht der FAPI sind die folgenden technischen Umsetzungsarbeiten zu koordinieren:

1. Finanzbuchhaltungen Gemeinden: Diese sind an die Anforderungen von HRM2 anzupassen.
2. Aufgaben und Finanzplanungen (AFP): Diese zeigt die erwartete Entwicklung der Finanzen und Leistungen im Budgetjahr und in drei weiteren Planjahren. Die bisherigen Dokumente

Voranschlag und Finanz- und Aufgabenplan (FAP) werden damit ersetzt.

Am 18. Dezember 2014 fand ein «runder Tisch» mit allen Gemeindesoftwareanbieter statt. Alle Anbieter haben mitgeteilt, dass die Anpassungen in der Finanzbuchhaltungen (1) für sie problemlos lösbar ist. Die FAPI wird die Umsetzung koordinieren.

Zusätzlich erfasst die Arbeitsgruppe momentan die Anforderungen für den Aufgaben- und Finanzplan (2) und klärt ab, ob das Tool einer Berner Gemeinde weiterentwickelt werden kann.

Der elektronische Umzug ist die durch die Bevölkerung am meisten gewünschte E-Government-Leistung. Eine An- oder Abmeldung soll in Zukunft unabhängig der Schalteröffnungszeiten elektronisch möglich sein.

In den Kantonen Zürich, St.Gallen, Aargau und der Stadt Bern sind momentan Pilotprojekte gemäss den Vorgaben des Bundesprojektes [A1.12](#) im Gange.

Ziel ist, dass die Einwohnerinnen und Einwohner den Umzug elektronisch erfassen können und die Mutationen dann automatisch in die verschiedenen Gemeindefachlösungen und Register des Kantons eingetragen werden. Der Kanton und die Gemeinden sind an der Umsetzung sehr interessiert.

Am 19. Dezember 2014 fand eine erste Besprechung mit verschiedenen Gemeindevertretern und Vertretern von LUSTAT statt. Die Besprechungs-Teilnehmer waren der Meinung, dass das Projekt eUmzugLU gestartet werden sollte. Das weitere Vorgehen wird nun in der Fachstelle E-Government Luzern angegangen und die Gemeindevertreter werden zu gegebener Zeit wieder miteinbezogen.

Tätigkeiten 2014

Kommunikation – Info-Veranstaltungen

Für die Luzerner Gemeinden führte die FAPI auch dieses Jahr am 2. September 2014 wieder eine Infoveranstaltung durch. Diesmal stand das neue Informatik-Treuhand Angebot „Prozessdokumentation für Gemeinden“ im Mittelpunkt. Im Anschluss daran wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, welche als Ziel hat, die Unterlagen gemäss Projekt «[Prozessdokumentation BPMN 2.0 für Gemeinden](#)» auf Folie 13 zur erarbeiten.

Die Fachstelle E-Government Luzern hat eine [Info-Veranstaltung am 18. November 2014](#) durchgeführt.

Die [FAPI Website](#) wird laufend mit aktuellen Informationen nachgeführt. Immer wieder ein Blick darauf zu werfen, lohnt sich.

Über die Geschäftsstelle des VLG hat die FAPI im Berichtsjahr Informationsschreiben zu den folgenden Themen versenden lassen:

- Umfrage Informatikzusammenarbeit Luzern am 7.2.2014
- Umfrage Sondersteuern am 22.5.2014
- Allgemeine Informationen an die Gemeinden am 23.5.2014
- Einladung Infoveranstaltung vom 2.9.2014 am 18.7.2014
- Ergebnisse Umfrage Informatikzusammenarbeit Luzern am 21.7.2014
- Newsmeldung objekt.lu am 28.11.2014
- [Social Media Leitfaden](#) & [Gemeinde-Apps](#) am 16.12.2014

Ausblick FAPI

Die Fachgruppe Prozesse und Informatik wird sich 2015 speziell mit diesen Themen befassen:

- VLG Informatik-Treuhand; Weitere Bekanntmachung und Ausbauen des Angebots, Koordination zum Programm Informatik-Zusammenarbeit Luzern
- Durchführen der geplanten Projektarbeit mit Blick auf die [E-Government-Projektliste der Gemeinden](#) vom 26. Juni 2014
- Objekt.lu und eBAGE+; Unterstützen bei der Umsetzung der geplanten Projektarbeit
- Prozessdokumentation BPMN 2.0 für Gemeinden; weitere Projektbearbeitung
- Informatik Zusammenarbeit Luzern; Aufbauen Organisation, Klärung Finanzierung, Erstellung Ist-Aufnahme
- ArG GEVER; Betreiben der Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Kanton
- eUmzugLU; Initialisieren des Projekts
- Portal Luzern.ch; weitere Projektbearbeitung
- Schulverwaltungssoftware; Weitere Projektbearbeitung und klären der Projektleitung, Betrieb und Support
- Überarbeitung der E-Government-Strategie Luzern
- Bei Bedarf weitere E-Government-Projekte initialisieren
- Betreiben einer Website www.fapi-luzern.ch für die Verbesserung des Informationsflusses

Weiterführende Informationen

René Müller

Präsident Fachgruppe Prozesse und Informatik, Gemeindeschreiber Hildisrieden,
rene.mueller@hildisrieden.ch, 041 462 60 70

Gérald Strub

Beauftragter für E-Government der Luzerner Gemeinden,
gerald.strub@strubpartner.ch, 079 622 73 55